Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8199**

17. Wahlperiode 15. 12. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Daniela Wagner, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/6444 –

40 Jahre Städtebauförderung – Erfolgsmodell für die Zukunft der Städte und Regionen erhalten und fortentwickeln

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/6447 –

Städtebauförderung auf hohem Niveau verstetigen, Forderungen der Bauministerkonferenz umsetzen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Wesentlichen auffordern soll, die Städtebauförderung zu erhalten und fortzuentwickeln, wobei konkrete Forderungen in 18 Unterpunkten des Antrags aufgeführt sind.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Resolution der Bauministerkonferenz vom 28. Juni 2011 umzusetzen und dafür die gesetzlichen Grundlagen auf den Weg zu bringen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/6444 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/6447 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Jeweils Annahme der Anträge auf Drucksachen 17/6444 und 17/6447.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/6444 abzulehnen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/6447 abzulehnen.

Berlin, den 7. Dezember 2011

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter Vorsitzender	**Peter Götz** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Götz

I. Überweisung

Zu den Buchstaben a und b

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf **Drucksachen 17/6444** und **17/6447** in seiner 121. Sitzung am 8. Juli 2011 beraten und jeweils an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Städtebauförderung zu erhalten und fortzuentwickeln, wobei konkrete Forderungen in 18 Unterpunkten des Antrags aufgeführt sind.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Resolution der Bauministerkonferenz vom 28. Juni 2011 umzusetzen und dafür die gesetzlichen Grundlagen auf den Weg zu bringen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/6444 in seiner 53. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/6447 in seiner 53. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE

LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf Drucksachen 17/6444 und 17/6447 in seiner 49. Sitzung am 21. September 2011 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, gegen die inhaltlichen Forderungen der Oppositionsfraktionen bestünden aus ihrer Sicht keine Einwände. Die politische Auseinandersetzung konzentriere sich im Wesentlichen auf die finanzielle Größenordnung der zur Verfügung stehenden Mittel. In diesem Zusammenhang sei darauf hinzuweisen, dass die Haushaltsmittel im Entwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 2012 aufgestockt worden seien, wobei allerdings der Titel Städtebauförderung mit 410 Mio. Euro etwas weniger Mittel als im Jahr 2011 enthalte. Es solle aber in die Betrachtung einbezogen werden, dass ein neues Programm „Energetische Stadtsanierung“ aufgelegt werde. Dort seien zusätzliche Mittel von 92 Mio. Euro vorgesehen. Insgesamt stünden also Mittel von mehr als 500 Mio. Euro zur Verfügung. Ein höherer Etat sei zwar wünschenswert, man müsse aber die Haushaltslage und die Verschuldungssituation berücksichtigen. Beim Programm „Soziale Stadt“ sei es gelungen, einen Sperrvermerk zu beseitigen und die Mittel im Entwurf auf 40 Mio. Euro aufzustocken. Es gebe also insgesamt eine verbesserte Situation.

Die **Fraktion der SPD** bedauerte, dass es keinen eigenen Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP gebe. Es habe massive Kürzungen im Bereich der Städtebauförderung gegeben; insgesamt habe diese nur noch zwei Drittel des Niveaus des Jahres 2009. Massive Einschnitte habe es auch beim Programm „Soziale Stadt“ gegeben. Der Haushaltstitel sei jetzt in „Investitionen im Quartier“ umbenannt worden, so dass es zur Beschränkung der Mittelverwendung auf Investitionen eines Sperrvermerks gar nicht mehr bedürfe. Das Programm „Soziale Stadt“ in seiner ursprünglichen Form werde zerstört. Die vorhandenen Mittel seien im Verhältnis zu dem Bedarf zu gering. Den Hinweis auf die Haushaltslage könne sie nicht akzeptieren, weil es auch um die Frage einer Umschichtung der Mittel in den Bereichen Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gehe. Der Bereich der Städtebauförderung müsse den Platz erhalten, den er verdiene.

Die **Fraktion der FDP** wies den Vorwurf zurück, dass sich die Fraktionen der CDU/CSU und FDP nicht ausreichend für die Städtebauförderung einsetzten und betonte, die Städtebauförderung müsse auf Entwicklungen reagieren und sich verändern. Resultat der Energiewende sei ein neues Programm mit 92 Mio. Euro, bei dem der Fokus auf dem Quartier liege. In diesem Jahr stünden Mittel in Höhe von 455 Mio. Euro für die Städtebauförderung zur Verfügung.

Die Aufstellung für das kommende Jahr liege bei 410 Mio. Euro. Hinzu kämen 92 Mio. Euro für das neue Programm „Energetische Stadtentwicklung“. Die Mittel würden also insgesamt deutlich höher als zuvor sein.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bemerkte, es herrsche Einvernehmen, dass bei der Stadtentwicklung eine permanente Anpassung erfolgen müsse. Man müsse aber berücksichtigen, dass die Städte nicht so gut aufgestellt seien, dass hier eine Kürzung erfolgen könne. Es werde immer so getan, als wenn man sich nicht mehr Städtebauförderung leisten könne. Die Städtebaufördermittel seien aber sich selbst tragende Programme, die sich durch hierdurch ausgelöste Investitionen finanzierten. Sie stimme dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitgehend zu, einen Dissens gebe jedoch bei der Frage der Altschuldenhilfe. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP sehe vor, die Städtebauförderung auf dem Niveau von 2009 fortzusetzen. Weder der Haushalt 2011 noch der Haushalt 2012 ermöglichten es, diese Festlegung umzusetzen. Städtebau und Stadtentwicklung seien langfristig angelegt; wenn die Mittel schwankten, würden die Prozesse für die Beteiligten unberechenbar.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, die Städtebauförderung sei deshalb so erfolgreich, weil es sich um eine Kooperationsförderung zwischen Bund, Ländern und Kommunen handele und das Programm einen integrativen Ansatz habe. Ein Euro Städtebauförderung akquiriere zudem 8 Euro privates Kapital, was dem Argument entgegenzuhalten sei, dass man die Mittel im Hinblick auf die Regelungen zur Schuldenbremse kürzen müsse. Die im Plenum geführte Debatte zeige das Desinteresse der Regierung an der Städtebauförderung. Aktuelle Herausforderungen der Städte seien der Klimawandel, der demographische Wandel und die zunehmende soziale Spaltung in den Städten; es sei sehr wichtig, Instrumente zu haben, um dem entgegenzuwirken. Sie fordere daher eine Aufstockung der Städtebauförderung, eine Reaktivierung des Programms „Soziale Stadt“ und eine Vereinfachung der Verwaltungsabwicklung.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/6444 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung empfohlen. Den Antrag auf Drucksache 17/6447 hat er abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 7. Dezember 2011

Peter Götz
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333